

Jugendbeirat der Stadt Falkensee
c/o Rathaus Falkensee
Falkenhagener Straße 43/49
14612 Falkensee



**JUGENDBEIRAT DER
STADT** *Falkensee*

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
Ministerin Ernst und Staatssekretär Freiberg
Heinrich-Mann-Allee 107 (Haus 1/1a)
14473 Potsdam

per Mail an: ministerinbuero@mbjs.brandenburg.de,
staatssekretaersbuero@mbjs.brandenburg.de

Stellungnahme: Probleme im Unterricht während der Pandemie

Sehr geehrte Frau Ministerin Ernst, sehr geehrter Herr Staatssekretär Freiberg,

seit zwei Jahren durchleben die Schüler*innen und Lehrkräfte den Schulalltag in einem notdürftigen, äußerst nachteiligen und oft geringwertigen Zustand. Aufgrund von Covid-19 gibt es immer wieder akute Veränderungen und neue Angaben zu Maßnahmen, um abträglichen gesundheitlichen als auch schulischen Missständen vorzubeugen.

Dennoch lässt sich dieses Ziel unter den aktuellen Vorgaben nicht realisieren. In den Schulen schlagen die Maßnahmen nicht an, denn es gibt keine effektive und nachhaltige Regelung. Der Sportunterricht wird weitestgehend ohne vorbeugende Maßnahmen zum Infektionsschutz durchgeführt: Es gibt keinen Abstand und eine Maske zu tragen ist keine Pflicht, obwohl die Ansteckungsgefahr im Sport ebenso gegeben ist wie im „normalen“ Unterricht - und dazu oft maßgeblicher ausgeprägt ist. Während es also unverkennbar Lockerungen an einer Stelle gibt, liegen an anderer Stelle dieselben langfristigen und voraussehbaren Probleme vor. So ist neben der ständigen Durchlüftung im Unterricht die baldige Prüfungssituation ein Problem, denn aufgrund der aktuellen Regelungen herrscht bei vielen Schüler*innen Angst, in fünfeinhalb Stunden langen und ausschlaggebenden Prüfungen FFP2-Masken tragen zu müssen. Neben fehlender Koordinierung für ein nachhaltiges Schützen vor Infektionen herrscht ein Mangel an hybriden Angeboten vor.

Die unvermeidlichen Coronafälle an Schulen hindern Schüler*innen und Lehrer*innen immer häufiger daran, in Präsenz am Unterricht teilzunehmen. Aufgrund fehlender Ausweichmöglichkeiten, um trotz der Infektion einen Lernerfolg zu erlangen, scheitern folglich viele am jeweiligen Lernstoff und können ihn nicht alleine nacharbeiten. Dies nimmt in Anbetracht der bevorstehenden P10-Prüfungen und Abiturprüfungen eine besondere Wichtigkeit und Problematik ein.

Zusätzlich zu den Infizierten leiden auch die anderen Schüler*innen aus den Kursen unter fehlenden hybriden Angeboten oder sonstigen Konzepten, um ein Lernen zu ermöglichen. Teilweise sitzen in den Leistungskursen nur 10 von 26 Schüler*innen, was darauf zurückzuführen ist, dass sich neben den Infizierten auch Kontaktpersonen

in freiwilliger häuslicher Quarantäne befinden. Der Unterricht findet also nicht nur in einer ineffizienten Lage statt, zusätzlich sind die Lehrer genauso überfordert.

Es ist unbestreitbar, dass der Unterricht unwirksam stattfindet, oft in der momentan ausgeführten Form zu schulischen und gesundheitlichen Defiziten führt und des Weiteren oft ersatzlos wegfällt. Dies verunsichert und verängstigt viele Schüler*innen, lässt sie unter solchen Umständen nur ungern in die Schule gehen, verstärkt gleichzeitig die unterschiedlichen Voraussetzungen und das Gefühl, nicht genügend auf die Prüfungen vorbereitet zu sein. Daher ist es nicht nur wichtig, sondern notwendig, dass dringend ein Konzept vorgelegt wird, um einen sicheren Schulunterricht für alle Jahrgangsstufen zu gewährleisten.

Uns ist dabei eine Koordinierung der Maßnahmen wichtig, damit die Bemühungen an einer Stelle nicht durch ein Fehlen von Pflichten an anderer Stelle (zum Beispiel Sportunterricht) nichtig werden. Es soll der Schutz von Schüler*innen und den Lehrkräften gesichert werden und Ersatzmöglichkeiten für effektives Nachholen von Lerninhalten durch Personen in Quarantäne geben, die sich beispielsweise über eine Förderung von hybriden Angeboten realisieren ließe. Außerdem sollten durch eine Förderung von festeingebauten Luftfiltern Anreize für die Kommunen zur Anschaffung gegeben werden. In den Abschlussjahrgängen der Sekundarstufe II könnten nur die Kurse, in denen man Abitur ablegt, besucht werden, um die Kontakte zu vermindern. In jedem Fall muss es Lehrplananpassungen der Prüfungsinhalte an den tatsächlich behandelten Lernstoff geben. Das inzwischen schon zweijährige Leiden von Jugendlichen darf nicht weiter zugelassen werden.

Wir bitten um eine Beantwortung unserer Stellungnahme. Gerne stehen wir auch für Gespräche zur Verfügung.

Clara Biesgen, Tim Brand

Falkensee, den 03.02.2022